

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

277 (7.10.1921) Erstes und Zweites Blatt

# Karlsruher Tagblatt

**Bezugspreis:**  
in Karlsruhe frei ins Haus  
abgeholt monatlich 6.— M.,  
in den Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 6.50 M.,  
auswärts durch unsere  
Agenturen bezogen 6.— M.  
monatlich durch den Ver-  
tragsfreihaus gebracht  
monatlich 6.— M., viertel-  
jährlich 18.— M.,  
Einzelverkauf 30 Pf.  
Verlag, Schriftleitung und  
Geschäftsstelle: Ritterstr. 1,  
Sprechstunde der Redaktion  
11—12 Uhr vormittags.

**Anzeigen:**  
Die Anzeig. Nonpareil-Beilage  
oder deren Raum a) total  
1.40 M. b) auswärts 1.60 M.  
Reklamespalt 6.— M.,  
an erster Stelle 6.50 M.,  
sonst nach Tarif.  
Anzeig.-Annahme bis 12 Uhr  
mittags; kleinere Anzeigen  
täglich bis 4 Uhr nachm.  
Fernrechnungskarte:  
Geschäftsstelle Nr. 208,  
Berlag Nr. 21 u. 207,  
Schriftleitung 20 n. 804,  
Sachverwalter Nr. 19.

**Badische Morgenzeitung**

Mit der Wochenchrift  
**„Die Pyramide“**

**Badische Morgenpost**

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mode und Heim“ / „Die Scholle“

Chefredakteur: Hermann v. Laatz. Verantwortlich für Politik: Fritz Schward; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“: Karl F. o. h. für Interate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berlin-Redaktion Dr. Richard F. u. L. e. r., Berlin-Vankow, Rosastr. 37. Leipzig-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigelegt ist.

118. Jahrg. Nr. 277.

Freitag, den 7. Oktober 1921

Erstes Blatt.

## Poincaré deut die Karten auf.

Unter dem 14. September stand im „Daily Telegraph“, dem Organ von Lloyd George, zu lesen, daß die Vereinigten Staaten Nordamerikas von dem in Anknüpfung an den Versailles-Friedensvertrag in Aussicht genommenen Dreieck: Frankreich, England und Amerika (zur Verteidigung Frankreichs gegen Deutschland) nichts wissen wollen, England nicht in der Lage sei, die Last allein auf seine Schultern zu nehmen und also ebenfalls von dem geplanten Garantievertrag absehe.

Diese Abgabe hat Poincaré, den französischen Kriegspräsidenten aufs Eile gebracht. Im „Matin“ replizierte er, indem er den ganzen Hergang rekapituliere. Es stellt sich heraus, daß die Staatslenker an der Seine bei der Festsetzung der Friedensbedingungen, welche Deutschland auferlegt werden sollten, für Frankreich nichts Geringeres begehrt haben, als die Rheinlinie, wie sie die gegen Napoleon Verbündeten 1814 zu Frankfurt a. M. dem französischen Imperator haben zugestehen wollen. Hierfür waren England und Amerika und wohl auch die Italiener nicht zu haben. Damit die Franzosen davon abstanden und sich mit der Befestigung der Rheinlinie auf 15 Jahre zufrieden gaben, erklärten sich Lloyd George und Wilson bereit, für den Fall, daß Frankreich, ohne Herausforderung seinerseits, von Deutschland angegriffen werden sollte, Frankreich abermals volle Waffenhilfe leisten zu wollen. Lloyd George richtete ein entsprechendes Schreiben an Clemenceau.

Nur unter dieser Bedingung, raioniert nunmehr Poincaré, habe Frankreich auf die Anektion des linken Rheinuferes verzichtet und sich mit einer „bloß“ 15-jährigen Befestigung zufrieden gegeben. Der bezügliche Brief von Lloyd George an Clemenceau sei so bindend als möglich. Sowohl er wie Wilson stellen in Aussicht, daß ein entsprechender Bündnisvertrag den Parlamenten unterbreitet werden würde. Wilson fügte noch die Klausel hinzu, daß die betreffenden Verträge vom Völkerbund bestätigt werden und so lange in Kraft bleiben sollten, bis der Völkerbund sich selbst für mächtig genug erachtet werde, Frankreich von sich aus die gewünschte Sicherheit bieten zu können. Falls England und die Vereinigten Staaten sich nunmehr dem derart in Aussicht gestellten Garantieverträge entgegen, so habe Frankreich ein Anrecht auf Compensation. Das Einfachste wäre: Frankreich das Recht einzuräumen, so lange am Rhein zu verbleiben, bis der letzte Heller der Kriegsschuldigung von Deutschland bezahlt sei. Poincaré bezweifelt indes, daß eine entsprechende Vereinbarung bevorstehe und er wolle keine „Vogelstranz-Politik“ treiben. Zu deutsch: Poincaré ist ein zu gewiegener Diplomat, als daß er es wagen sollte, auf die Anektion direkt zurückzukommen. Er will sich damit begnügen, die Befestigungsfrist verlängert zu erhalten, bis Deutschland den letzten Pfennig der nachträglich im Londoner Abkommen ihm auferlegten Milliarden bezahlt hat, die es — nachgerade nach Meinung aller — unmöglich wird aufbringen können. „Wiel!“ ruft Poincaré über den Kanal hinüber, „England hat vor dem Kriege die Verteidigung unserer Nordküste und der Neutralität Belgiens übernommen und ist ohne erst nach Washington hinüberzuschauen, uns Befestigungsarbeiten, wobei es, wie der Ausgang beweisen hat, wahrlich nicht schlecht gefahren ist. Und seine Schultern sollten jetzt für diese Bürde zu schwach sein?“

Um Frankreichs Schutzbedürfnis in die Augen zu springen zu machen, erinnert Poincaré zugleich daran, daß die Verhängung von Belgiens Neutralität nicht mehr bestche und Frankreich mit Belgien „nur“ ein Defensivbündnis besthe! Scherzhaft wird diese Argumentation des französischen Ex-Kriegspräsidenten auf die nicht-erwähnten Staatslenker an der Themse viel Eindruck machen. Diese dürften sich darauf besinnen, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England unterlegen wäre, wenn die Vereinigten Staaten ihnen nicht zu Hilfe gekommen wären und dies mit ganzer Macht. Sie dürften zudem der Meinung sein, daß Frankreich im Besitze der Rheinlinie für mindestens 15 Jahre, dazu mit Belgien im Bunde, von dem so völlig entwaffneten Deutschland, dem es auch noch Polen und Böhmen in die Flanke gestoßt hat, so wenig zu befürchten hat, daß es sich schämen sollte, ein Wort darüber zu verlieren. Vor allem liegt England keineswegs daran, daß Frankreich auf dem europäischen Festlande allmächtig und Deutschland noch weiter geschwächt werde. Im Gegenteil! Die übergroße Schwächung Deutschlands als Festlandsmacht hat ihm schon vor dem Kriege ferngelegen, vielmehr sollte es dazu dienen, zugleich Ausland und Frankreich in Schach zu halten. Poincaré wird daher an der Themse schwerlich das ermittelte Entgegenkommen finden. Indes betont Lloyd George nach wie vor, daß er am Bündnis, an der „Entente cordiale“ mit Frankreich festzuhalten entschlossen sei. Er braucht das Einverständnis mit demselben im Orient und auch damit es nicht auf Kosten Englands mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas und Japan zu enge Fühlung gewinne. Der englische Premier wird es daher auf einen Bruch mit Frankreich nicht leicht ankommen lassen. Es steht vielmehr zu erwarten, daß er demselben

am Rheine in nur zu weitem Maße freie Hand lassen wird. Zumerhin dürfte Deutschland in seinem Widerstande gegen weitere mördertische Annäherungen der Franzosen bei den Staatslenkern an der Themse keinen unwirksamen Rückhalt finden, wie dies in der oberstschleifischen Frage bereits greifbar in der Erscheinung getreten ist. Auch die Solidarität mit Italien ist gegeben. Zeit steht, daß die Franzosen, einerlei ob Millerand, Briand, Poincaré oder wer immer

an der Seine am Steuer ist, nicht ablassen werden, die Rheinlinie in ihrem vollen Umfange als die „natürliche“ Grenze Frankreichs anzustreben. Der Versailles-Vertrag genügt ihnen noch lange nicht, sie werden nicht ruhen, bis dieser dahin „korrigiert“ wird. Die Staatslenker an der Spree werden daher gut tun, dies französische Ziel ihrerseits im Auge zu behalten. Deutscher als Poincaré kann man es nicht vorziehen.  
R. B.

## Das Abkommen von Wiesbaden unterzeichnet.

Berlin, 6. Okt. Amtlich wird gemeldet: Die Minister Rathenau und Poincaré haben heute in Wiesbaden von ihren Regierungen bevollmächtigt, das Abkommen über die deutschen Sachlieferungen an Frankreich abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Nebenabkommen erfolgt voraussichtlich am Freitag.

### Der neue Reichskommissar für öffentliche Ordnung.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 6. Okt. Die „Politischen Parlamentarischen Nachrichten“, die der mehrheitssozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahesteht, erfahren aus Karlsruhe: In den Karlsruher Parlamentskreisen hat die Nachricht, daß bei der voraussichtlichen Verschmelzung des Reichskommissariats für öffentliche Ordnung mit dem preussischen Staatskommissariat in ein einheitliches Reichskommissariat der bisherige Reichskommissar Kuenzler zum Leiter ernannt werden soll, lebhaftes Befriedigung hervorgerufen. Man hat Reichskommissar Kuenzler aus seiner badischen Tätigkeit als Staatsanwalt und Oberst der Gendarmenrie noch in besser Erinnerung und schätzt ihn als Beamten und Menschen gleich hoch. Man nimmt ferner an, daß er der Mann sein werde, der die heilige Aufgabe, auch in Süddeutschland Exekutivmaßnahmen und Erfindungen durchzuführen, mit Erfolg und Geschick, aber auch mit voller Tatkraft und Umsicht vornehmen kann.

### Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Frankfurt a. M., 6. Okt. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, werden die Verhandlungen des amerikanischen Generals Pershing mit dem Oberkommando der Rheinlandarmee und der Besprechungen zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung das Ergebnis haben, daß im Laufe dieses Monats ein Teil der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland nach Amerika zurückbefördert und durch französische Kontingente ersetzt werden. Eine amerikanische Brigade wird jedoch zur Erhaltung des amerikanischen Prestiges im Rheinland auf unbestimmte Zeit in Koblenz verbleiben. Hierzu meldet die „Chicago Tribune“, es sei heute bereits sicher, daß sich im Senat eine Mehrheit finden werde, die den Friedensvertrag mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn ratifizieren wird. Die Abstimmung findet am 14. Oktober statt. In unmittelbarem Anschluß daran wird der Befehl zur teilweisen Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland ergehen.

### Der Hochverratsprozeß gegen Jagow.

1. Leipzig, 6. Okt. Für den am 27. Oktober vor dem Reichsgericht beginnenden Prozeß gegen den früheren Polizeipräsidenten von Berlin Jagow wegen Hochverrat sind nicht weniger als 100 Zeugen geladen und 10 Verhandlungstage in Aussicht genommen. Unter den Zeugen befinden sich auch Reichsjustizminister Schiffer, General Ludendorff. Die Verteidigung des Herrn von Jagow erfolgt durch den Berliner Rechtsanwältin Justizrat Gordon, der den Abg. Erzberger in dem Prozeß gegen Helfferich vertreten hat.

### Erneuerung des Steckbriefes gegen die acht Hauptbeteiligten am Kapp-Putsch.

1. Leipzig, 6. Okt. Der Oberreichsanwalt hat den am 26. März 1920 von dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts erlassenen Steckbrief gegen die acht Hauptbeteiligten des Kapp-Putsches von neuem erlassen.

Der vom Oberreichsanwalt erlassene Steckbrief wegen Hochverrat richtet sich gegen den Generaladjutanten des Reichspräsidenten, den Major a. D. Papp, den Oberst a. D. Bauer, den Artz und Volkswirtschaftler Schiele, den Schriftsteller Karl Schnitzler und den Schrift-

steller Trebitzsch-Vincow, den General der Infanterie a. D. Freiherr von Wittich und den Korvettenkapitän a. D. Erhardt. Die Reichsregierung hat eine Belohnung von 50 000 M für den Ausgeheft, der zur Aufklärung des Sachverhaltes oder zur Ergreifung eines der Angeeschuldigten beiträgt.

### Das Urteil gegen die Köthener Putschisten.

1. Leipzig, 6. Okt. In dem Prozeß gegen die 22 Köthener Putschisten, die im August versuchten, eine Rätereublik zu errichten und die wegen des Unternehmens, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern (Vergehen gegen §§ 81 und 82 des R. St. G. B.) angeklagt waren, wurde gestern nachmittag das Urteil gefällt. Es erhielten die Angeklagten Berg und Boas je 6 Jahre, Ritter 5 Jahre, Pauli und Kopl je 4 Jahre Festungshaft, die übrigen Angeklagten wurden bis zu einem Jahr und sechs Monaten Festungshaft verurteilt, mit Ausnahme des Angeklagten Rönneke, der wegen räuberischer Erpressung und versuchter Mötigung 5 Jahre Gefängnis erhielt; 5 Angeklagte wurden freigesprochen.

### Pauli in Wien.

1. Wien, 6. Okt. In Wien herrscht seit einigen Tagen Panikstimmung, die nicht nur an der Börse, sondern auch im großen Publikum um sich greift, das alles unternimmt, um die österreichischen Kronen los zu werden. Alle Geschäfte der Stadt sind überfüllt. Es wird alles gekauft, was überhaupt zu haben ist; nicht nur Lebensmittel, sondern auch Schuhe, Kleider und Mäntel für jeden beliebigen Preis. Infolgedessen gehen die Preise ununterbrochen sprunghaft in die Höhe. Diese Stimmung wird noch durch immer härter werdende Gerüchte erhöht, daß ungarische Infiltranten die Rüstungen verstärken und möglicherweise schon in den nächsten Tagen einen Ueberfall auf Oesterreich versuchen werden. Diese Meinung wird auch in Regierungskreisen geteilt. Die Truppen an der Grenze werden verpfändert. Bei einem ungarischen Ueberfall werden auch große Teile der Arbeiterkraft zu den Waffen greifen.

### Die Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts.

Berlin, 6. Okt. Nach einem Bericht des statistischen Reichsamtes ist die Reichsindexziffer, der die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete zugrunde liegen, im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,6% auf 1062 gestiegen. Gegenüber dem Januar dieses Jahres beträgt die Steigerung 12,5% (944), gegenüber dem September 1920 36,3%. Die Erhöhung der Kosten ist in der Hauptsache auf die Preissteigerungen für Lebensmittel zurückzuführen. Die Ziffer für die Ernährungskosten ist von 1399 im August um 1,4% auf 1418 gestiegen. Gegenüber Januar dieses Jahres beträgt die Steigerung der Ernährungskosten 13,1%. Im Berichtmonat haben zu dieser Erhöhung teilweise recht erhebliche Preissteigerungen für Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte, Schweinefleisch, Speck, Milch und Fische beigetragen. Außerdem kommt in der Septemberzahl die im August eingetretene Brotpreissteigerung zum ersten Mal voll zum Ausdruck. Demgegenüber haben sich in fast allen Erhebungsgegenden die Kartoffel- und Gemüsepreise nicht unbedeutend ermäßigt. Auch die Aufwendungen zur Heizung und Beleuchtung sind erneut gestiegen. Die Entwicklung war im Berichtmonat innerhalb des Reiches nicht völlig ausgeglichen. In einer Reihe von Gemeinden war die Preisermäßigung für Kartoffeln und Gemüse so bedeutend, daß trotz der Erhöhung der Preise für sonstige Lebensmittel eine Verminderung der Gesamtkosten eintrat.

## Oberschlesien und die Regierungs-umbildung.

A. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Von Paris aus werden die Genfer Nachrichten über die oberstschleifischen Teilungspläne des Biererfomites energisch demontiert. Angefichts der Tatsache, daß die Nachricht von der angeblichen Teilung des Industriegebietes im größten Teil der Pariser Presse mit Jubel aufgenommen wurde, muß der scharfe Ton auffallen, mit dem das offizielle Savas Büro diese Meldung als Kombination abtut. Der „Temps“ weist darauf hin, daß Briand auf der Pariser Konferenz im August in seinem Vortrage, England entgegenzukommen, die Sforzalinie aufgehoben habe. Lloyd George könne eine solche Lösung, wie sie jetzt gemeldet werde, sicherlich nicht annehmen, man werde ihm dies auch in Genf nicht zumuten wollen.

Vorkäufig steht also nur fest, daß die Entscheidung über Oberschlesien unmitte l i a r bevorsteht, daß sie vielleicht noch in dieser Woche fällt. Diese Wahrscheinlichkeit legt sich läghend auf alle anderen politischen Vorgänge im Reich. Es ist selbstverständlich, daß deshalb die Verhandlungen wegen der Verbreiterungen der Regierung im Reich und in Preußen nicht schnell vor sich gehen. Es ist auch sicher, daß die Grundlagen zur Koalitionsverbreiterung im Reich ebenso die abschließenden Besprechungen mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie von heute auf morgen zur Zufriedenheit aller Beteiligten erledigt werden könnten, um so mehr, als die Münchener Tagung absolut Vereitshait der deutschen Industrie zur Reparationshilfe dokumentiert hat. Aber man sagt sich heute in den leitenden Kreisen des Handels und der Industrie, daß es zwecklos ist, etwa am Freitag Bindungen von einschneidender Bedeutung für die Beteiligten einzugehen, während die Ansicht vorliegt, daß ein oder zwei Tage später durch die Entscheidung über Oberschlesien eine Lage geschaffen wird, die alle Erwägungen und alle Berechnungen des vorangegangenen Tages über den Haufen werfen kann. Wenn der wichtigste Teil Oberschlesiens Polen zugesprochen werden sollte, so hat es keinen Zweck, den Zusammenbruch der Reichsfinanzen und der deutschen Wirtschaft um einige Wochen durch die Hilfe der Industrie hinauszuschieben. Dann gibt es für Deutschland nur noch die eine Möglichkeit, zu erklären, daß nach einer derartigen Entscheidung Deutschland die Weiterzahlung der Kriegsschuldigung einstellen muß. Im übrigen würde diese Unmöglichkeit sich schon heraus ergeben, daß nach einem ungünstigen Entscheid die deutsche Mark bald in die Nachbarchaft der polnischen Mark rücken würde.

Da in diesem Falle auch die Regierung zurücktreten würde, so ist es doppelt erklärlich, daß die Verhandlungen innerhalb der Fraktionen über die Regierungsumbildung nur einen sehr langsamen Gang gehen. Die Auseinandersetzung wegen der Beteiligung der Unabhängigen an der Regierung hat durch die Antwort der Zentrumsfraktion eine Belebung erfahren. Wie zu erwarten war, machte auch das Zentrum die Beteiligung der Unabhängigen von der Erklärung dieser Partei abhängig, daß sie mit der Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der gleichen Koalition einverstanden sein müssen. So wird das Frag- und Antwortspiel noch einige Tage dahin gehen, bis das entscheidende Wort über Deutschlands Zukunft alle Berechnungen auf eine neue Grundlage stellt.

### Vor der Entscheidung.

Genf, 6. Okt. In seiner Schlußsprache machte der Präsident der Völkerbundsversammlung van Karnebed folgende Angaben über die oberstschleifische Frage:

Was die oberstschleifische Frage betrifft, so wissen wir, daß die Arbeiten der vier Ratsmitglieder, denen dieses wichtige Problem anvertraut ist, sich auf gutem Wege befinden, so daß wir voraussehen können, daß der Völkerbundrat in kurzer Frist die Lösung mitteilen kann, die er empfiehlt.

### Reichskanzler Dr. Wirth.

Berlin, 6. Okt. Die „Deutsche Zeitung“ will wissen, daß der Reichskanzler Dr. Wirth amts-müde sei. Dieser Behauptung wird von unterrichteter Seite widersprochen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten.

### Sozialisierung — Kommunalisierung.

Von Wirtl. Geh. Rat Haub, Präsident a. D.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht kürzlich das abgeänderte Programm, das der sozialdemokratische Parteitag in Göttingen angenommen hat. Der frühere Entwurf hatte keine allseitige Aufnahme gefunden.

Der veränderte Standpunkt des ersten Entwurfs wurde „nach nochmaliger Beratung des ganzen Fragenkomplexes“ in betonter Absichtlichkeit verfasst.

Der Kampf gegen den kapitalistischen Privatbesitz wird in verstärkter Form proklamiert. Von den Einschränkungen, die der Kommentar zugunsten des einzelnen Haushaltes und der Produktionsmittel des kleinen Handwerkers gelten lassen wollte, ist jetzt keine Rede mehr.

„Die Sozialdemokratische Partei... hat zur Grundtendenz ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse... Sie will das Proletariat reif machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.“

Der Kampf gegen den kapitalistischen Privatbesitz wird in verstärkter Form proklamiert. Von den Einschränkungen, die der Kommentar zugunsten des einzelnen Haushaltes und der Produktionsmittel des kleinen Handwerkers gelten lassen wollte, ist jetzt keine Rede mehr.

„Auf Ihre gefällige Anfrage erwidern wir ergebend: Die demokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes am möglichst breiten Schultern zu liegen ist.“

### Politisches Frage- und Antwortspiel.

Zentrum und U. S. P.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Antwort der Reichstagsfraktion des Zentrums auf die sozialdemokratische Anfrage betreffend eine Koalitionsbildung mit der U.S.P.

Bei der Besprechung über die neue Kabinetts-umbildung in Preußen fragten heute früh die Sozialdemokraten die Deutsche Volkspartei, ob sie zu einer Zusammenarbeit mit den Unabhängigen bereit sei.

Demokraten und Unabhängige.

Die Stellungnahme der Deutschen Demokratischen Partei zu der Anfrage der Mehrheitssozialisten, unter welchen Bedingungen sie einer Koalition mit den Unabhängigen zustimmen, kommt in folgendem Schreiben des früheren Reichsministers Reichstagsabgeordneter Koch an den sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller zum Ausdruck.

„Auf Ihre gefällige Anfrage erwidern wir ergebend: Die demokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes am möglichst breiten Schultern zu liegen ist.“

1. Zu den Programmpunkten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat bisher die Beteiligung der Demokratie durch die Räterepublik gehört. Die Verwirklichung der Räterepublik auf gewalttätigem Wege ist von ihr als gegenwärtig inopportun bezeichnet.

2. Die Verwirklichung der Regierung durch Eintritt der Deutschen Volkspartei ist zur Befundung unserer Finanzen von unbedeutendem Wert.

### Deutsches Reich.

Der neue Thüringische Landtag.

Weimar, 6. Okt. Der neue Thüringische Landtag ist heute vormittag 11 Uhr vom Staatsminister Paulsen eröffnet worden.

Hinter den Kulissen der Wohnungsämter.

Ueber seltsame Vorgänge in einzelnen Wohnungsämtern ist, wie das Berliner Tageblatt schreibt in letzter Zeit so mancherlei in die Öffentlichkeit gedrungen.

Den als nicht unbegründet angesehen wird. Daß ein solcher Argwohn nicht ganz unbegründet erscheint, bewies eine Gerichts-Verhandlung in Berlin.

Die Leipziger Prozesse.

Leipzig, 6. Okt. Die Berliner Blättermeldung, daß demnach für den Reichsgericht die Kriegsbeschuldigtenprozesse wieder beginnen, wird an zuständiger Stelle als unbegründet bezeichnet.

Parteitag der U. S. P. D.

Berlin, 6. Okt. Das Zentralkomitee der U.S.P., hat laut „Freiheit“ beschlossen, den nächsten Parteitag zum 8. Januar 1922 nach Leipzig einzuberufen.

Neues Zeitungsverbot.

München, 6. Okt. Der „Münchener Beobachter“ ist neuerdings bis zum 14. Oktober verboten worden.

Streik in der chirurgischen Industrie.

Berlin, 6. Okt. Anfang dieser Woche haben die Angestellten in der chirurgischen Industrie infolge Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt.

Der Streik in den Berliner Gasthäusern.

Berlin, 6. Okt. Zu dem Streik im Gastwirts-gewerbe wird gemeldet, daß die Arbeitgeber Verhandlungen mit den Ausständigen ablehnen, solange die Terrorakte der Ausständigen dauern.

### Verschiedene Drahtmeldungen.

Der Markturs in Zürich.

Zürich, 6. Okt. Die heutige Schlussnotierung: 100 Mark = 4,65 Geld, 4,70 Brief-Franken.

Selbstbestimmungsrecht für Vorarlberg.

Bern, 6. Okt. In der heutigen Sitzung des Nationalrates gab Bundespräsident Motta längere Erklärungen über die schweizerische Außenpolitik.

Konsolidierung Oesterreichs. Sollte dies nicht zu erreichen sein, so halte er es für recht, daß Vorarlberg sein Schicksal selbst bestimme.

1000 Kronen für ein kilo Fleisch.

Wien, 6. Okt. Den Wählern zufolge steht sich das Ernährungsministerium veranlaßt, die staatliche Fleischbewirtschaftung einzustellen, da das amerikanische Gefrierfleisch sich bei dem gegenwärtigen Dollarkurs auf rund 1000 Kronen für das Kilogramm stellen würde.

Der nächste Krieg.

London, 6. Okt. Lord Bryce erklärte in einer Rede in New York, seiner Ansicht nach liege die Europa eines zukünftigen Krieges auf dem europäischen Festland und nicht im Stillen Ozean.

Arbeitslosigkeit in Italien.

Rom, 6. Okt. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich am ersten September d. J. nach amtlichen Feststellungen auf 463 108, davon entfielen 212 963 auf die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Die Schweiz und Sowjetrußland.

Bern, 6. Okt. In einer Rede über die auswärtige Politik der Schweiz erklärte Bundespräsident Motta vor dem Nationalrat, daß die Schweiz niemals die Sowjetregierung in Rußland anerkennen werde.

### Der französische Rheinkanal.

Bern, 6. Okt. Im Nationalrat teilte Bundespräsident Motta folgendes mit: Bezüglich der Frage der Vertretung der Schweiz in der internationalen Rheinlandkommission entspann sich ein lebhafter Streit.

### Schluß der Völkerbundversammlung.

Genf, 6. Okt. Die diesjährige Tagung der Völkerbundversammlung nahm gestern abend um 6 Uhr ihr Ende, nachdem sie genau zwei Monate gedauert hat.

### Schweres Eisenbahnunglück in Paris.

Paris, 6. Okt. Ein furchtbares Eisenbahnunglück hat sich gestern abend um 6.15 Uhr in Paris in der Nähe des Bahnhofes St. Lazare ereignet. Ein Personenzug ist im Tunnel Baginolle in nächster Nähe des Bahnhofes mit einem anderen Zug zusammengefahren.

### Theater und Musik.

Mitteilung des Badischen Landestheaters. Am Samstag, den 8. Okt. gelangt das dreitägige Lustspiel „Die beiden Sechunde“ von Carl Hübner zur bestigen Erstaufführung.

Die Theatergemeinde des B. B. D. nimmt in der nächsten Woche an folgenden Vorstellungen teil: 11. Oktober: „Die verstellte Einfalt“ Nr. 3101—3400.

Mitteilung der Volksbühne. Als erste Opernvorstellung der Reihe A geht am Mittwoch, den 12. ds. Mts., Verdis „Trubadour“ in Szene.

Die schon längst gewünschten Einführungsabende in das Schauspiel. Am ersten Abend, der am Donnerstag, den 13. Okt., stattfindet, wird Prof. Soli von der Technischen Hochschule über „Rote Berne“ sprechen.

Zu diesem Abend erhalten außer den Mitgliedern der Volksbühne, die die Eintrittskarten bei ihren Vertrauensleuten oder in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Gartenstraße 4, ab Freitag nämlich von 5—7 Uhr oder an der Abendkasse beziehen können.

Wenn die Tänzerin Sannalore Kiegl auf ihrer geplanten Amerikafahrt stets so volle Häuser hat wie am Mittwoch in Karlsruhe, wo das Wunder eines ausverkauften Konzerthauses sich ereignete, kann sie bei der heutigen Valuta das badische Ländle schindenfrei machen.

Wenngleich die Künstlerin auch bei den ruhigen Posen der „Dumme“ durchaus nicht verlagte, bot sie doch das Beste in der köstlichen Drolligkeit, wie sie a. B. in dem entzückend bloßen türkischen Stücklein zum Ausdruck kam.

M. P. Musorgsky: „Boris Godunov“.

Erkaufführung in der Frankfurter Oper. Im Rahmen der künstlerischen Veranstaltungsgen während der fünften Frankfurter Messe gelangte als erstes Messe-Festspiel im Opernhaus M. P. Musorgskys musikalisches Volksdrama „Boris Godunov“ zur Erstaufführung.

Musorgskys verfasste kein Textbuch nach Puschkins dramatischem Gedicht, das sich wiederum an die Distorie bei dem Geschichtsschreiber Karamzin hält.

Die Distorie bei dem Geschichtsschreiber Karamzin hält. Es bietet eine lose Folge von Dialogen und Szenen von der Ermählung des Boris bis zu seinem Tode, doch ohne eigentlich dramatisch wirksame Kontraktion der Gestalten.

Der Ingenieur Vert suchte für die Frankfurter Aufführung das lockere Gefüge der Szenen zu straffen, um das Prinzip der „dramatischen Kontinuität“ zu wahren.

Die Zukunft der Reichseisenbahnen.

Der frühere preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach beschäftigt sich in einem Aufsatz im „Tag“ mit den Zukunftsaussichten der Reichseisenbahnen und wirft die Frage auf, ob sich die staatliche Verwaltung der Eisenbahnen angesichts des ungeheuren Defizits überhaupt werde aufrecht erhalten lassen. Er meint dann:

„Angesichts des schweren Notstandes des Kleinunternehmens und, mit diesem, des Reiches muß die Frage aufgeworfen werden, ob in der Gegenwart eine staatliche Verwaltung überhaupt in der Lage ist, die Wiederherstellung geordneter Eisenbahnfinanzierung herbeizuführen, ob nicht vielmehr die Freiheit der Bewegung, welche privatem Unternehmungsgeist innewohnt, und die größere Anpassungsfähigkeit der freien Erwerbstätigen eine zweckmäßigere Lösung schneller herbeiführen kann. Die Umkehrung der industriellen Kriegswirtschaft auf den Friedensbetrieb hat dieses tausendfach bewiesen.“

Eine Verwaltung der deutschen Eisenbahnen unter gleichen grundsätzlichen Gesichtspunkten wie in der Zeit vor dem Umsturz erscheint ausgeschlossen. Bei der Notlage des Reiches und im Angesicht der Reichsdefizite wird im Gegenteil zu früher ihre Verwaltung in erster Linie unter finanziellen Erwägungen stehen müssen, bis der erstrebte Beschluß der Dinge es gestattet, diejenigen der Verkehrsförderung wieder in den Vordergrund zu stellen. Es erscheint unerlässlich, mit äußerster Dringlichkeit in eine Prüfung darüber einzutreten:

- 1. ob die Reichseisenbahnen in die Privatwirtschaft mit dem Ziele der Abhängigkeit der Verluste und Erzielung von Erträgen zu überführen sind, und solchen Falles
- 2. in welcher Form — Verkauf mit Rückkaufsrecht, gemeinschaftlicher Betrieb oder Verpachtung — dieses zu erfolgen hätte.

Die Beantwortung kann nur noch sorgfältiger Prüfung durch die zuständigen Zentralstellen gesehen. Die Ausgestaltung parteipolitischer Gesichtspunkte ist hierbei unerlässlich. Für einen überzeugenden Anhänger des reinen Staatsbetriebes ist es schwer, in den Kreis solcher Erwägungen zu treten. Aber vor allem anderen — und mag die Vergangenheit dem alten System ein noch so glänzendes Zeugnis ausgestellt haben — steht der Bestand des Reiches. Wird dieser durch die Finanzgebarung der Eisenbahnen gefährdet, muß ein anderes System an die Stelle treten, sofern es Aussicht auf Entlastung bringt. Die Einheitlichkeit der Verwaltung und die Gemeinnützigkeit des Unternehmens würde bei der großen Transaktion zu wahren sein. Andererseits müßte eine Fesselung, die zu ungenügenden Erträgen führte, ausgeschlossen werden.“

Minister a. D. von Breitenbach glaubt annehmen zu können, daß die zuständigen Stellen dieser entscheidungsschweren Frage bereits ihre Aufmerksamkeit zugewendet haben. Das trifft wie die Hoff. Ztg. hört, zu. Bereits seit längerer Zeit vor — nicht nur an amtlichen Stellen — der Gedanke einer Änderung der Betriebsform der Reichseisenbahnen aus einer staatlichen in eine gemeinwirtschaftliche erwogen. Es wird angeführt, daß den schwereren Besonderen große finanzielle Vorteile gegenüberstehen. Vor allem würde der Haushalt des Reiches von dem gewaltigen Defizit des Eisenbahnbetriebes befreit und dadurch erheblich entlastet werden. Die Befürworter dieses Gedankens schlagen vor, daß das Reich die Eisenbahnen einer (ausgeschlossen inländischen) Gesellschaft übergeben mit dem Rechte des jederzeitigen Rückkaufes unter Beibehaltung der staatlichen Tarifhoheit und Aufsichtswesen. Der Gewinn aus dem Gemeinwirtschaftsbetrieb würde auf einen bestimmten Prozentsatz des Anlagekapitals beschränkt bleiben, der übersteigende Uberschuß dem Reiche zufallen. Ueber das Stadium der rein akademischen Erwägung und Erörterung ist dieses Projekt bisher noch hinausgelangt.

Großkraft-W.G. Mannheim.

rr. Mannheim, 6. Okt. Der Bürgerausschuß genehmigte, wie gemeldet, nach eingehender Aussprache die Beteiligung der Stadtgemeinde an der Gründung der „Großkraftwerk-W.G.“ in Mannheim durch Zeichnung eines Aktienkapitals in Höhe bis zu 7,8 Millionen Mark. Die Stadtgemeinde übernimmt mit den übrigen Gründern (Badenwerk, Pfalzwerke und Redar-W.G.) in Bezug auf eine von der Großkraftwerk Mannheim L.G. auszugebende Obligationsanleihe bis zum Höchstbetrag von 40 Millionen Mark die Bürgschaft für Verzinsung und Tilgung des Kapitals. Das Kollegium ging, dem Ergebnis der Aussprache folgend, insofern noch über den stadträthlichen Antrag hinaus, als es einem mehrheitsfähigen Antrag zustimmte, der die Beteiligung der Stadtgemeinde an dem Großkraftwerk auch dann vorsieht, wenn die Oberheinische Eisenbahngesellschaft sich nicht rechtsverbindlich verpflichtet, ihren Strombedarf vom künftigen Großkraftwerk zu beziehen. Der Bürgerausschuß stellte sich in seiner Mehrheit ferner auf den Standpunkt, daß es nicht zu empfehlen ist, das städtische Elektrizitätswerk Mannheim mit möglicher Beschleunigung durch Erweiterung der Maschinen- und Kesselanlagen und durch Verbesserung der Kühlwasser-Verordnung auf die erforderliche Leistungsfähigkeit mit einem Aufwand von rund 30 Mill. Mk. für den Fall zu bringen, daß die Oberheinische Eisenbahngesellschaft es ablehnt, die vorbestehende Verpflichtung des Strombezugs aus dem Großkraftwerk zu übernehmen. Die Maschinenanlage des städtischen Elektrizitätswerkes ist durch Erstellung einer 5000 KW-Turbine auf eine Leistungsfähigkeit von 12.200 KW gebracht worden. Es sind jetzt vorhanden vier Dampfmaschinen von 1200, 2800, 3000 und 5000 KW, und zwei veraltete, schon wegen des hohen Kostenverbrauchs unwirtschaftlich arbeitende, daher auch meist außer Gebrauch gefesete Kolbenmaschinen von je 600 KW. Außerdem ist das Werk durch eine 20000 Volt-Kabelleitung mit dem Elektrizitätswerk Rheinau verbunden, so daß von diesem eine Höchstmenge bis zu 4500 KW. Zuzufuhr bezogen werden kann. Eine selbständige Verbindung des Mannheimer Werkes mit der Hochspannungsleitung des Murgewerkes ist nicht vorhanden.

Das Werk bedarf, wenn es selbständig bleiben und den Strombedarf seiner Abnehmer sicherstellen will, dringend der Erweiterung. In einer ähnlichen, wenn auch weniger kritischen Lage befindet sich das Rheinauer Elektrizitätswerk der Oberheinischen Eisenbahngesellschaft. Auch die Pfalzwerke sind in der letzten Zeit in besondere Schwierigkeiten geraten. Die Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mannheim trat infolge dieser misslichen Verhältnisse in den drei Stromversorgungsgebieten mit dem Vorschlage hervor, die Erweiterungen in den Werken der Stadt Mannheim, der Oberheinischen Eisenbahngesellschaft und in Ludwigshafen zu unterlassen und dafür ein neues Werk, dem heutigen Stande der Technik entsprechendes Großkraftwerk zu errichten, die Einzelwerke aber stillzulegen und nur noch als Reservewerke zu betreiben.

Bei der Berechnung der Kosten eines solchen Großkraftwerkes und der Wirtschaftlichkeit eines solchen Unternehmens gelangte die Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zu einem überraschend günstigen Ergebnis. Die Denkschrift, die von der Gesellschaft über das Projekt eines Großkraftwerkes in Mannheim-Rheinau ausgearbeitet wurde, geht davon aus, daß ein Großkraftwerk von drei Turbinen zu je 12.000 KW, mit einem Gesamtaufwand von 140 Mill. Mk. errichtet wird.

Die Erzeugungskosten in den drei Einzelwerken werden im Durchschnitt zu 50,5 ct angenommen, während sie für das Großkraftwerk nur zu 45,8 ct herabgesetzt sind. Die Erparnis würde im Jahr bei einer Stromerzeugung von 128 Mill. KW-Stunden rund 6 Mill. Mk. betragen. Inzwischen ist die Denkschrift insofern überholt worden, als später vorerst nur die Erstel-

lung von zwei Turbinen mit je 12.000 KW, vorgezogen und die Gesamtkosten für das Großkraftwerk bei zwei Turbinen nur zu 88 Mill. und bei drei Turbinen nur zu 100 Mill. Mk. berechnet wurden. Dieses für das Großkraftwerk vorteilhafte Ergebnis ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß durch die Zusammenlegung des Betriebes, Aufstellung von Maschinen neuester Bauart und möglichst wirtschaftlicher Ausnutzung mit einer bedeutenden Kohlenersparnis gerechnet wird.

Als Sachverständiger, von dessen Gutachten der Stadtrat seine endgültige Stellungnahme abhängig machte, wurde Prof. Paulsen in Karlsruhe berufen, der als früherer stellvertretender Direktor des städtischen Elektrizitätswerkes Mannheim mit den örtlichen Verhältnissen vertraut war. Das Gutachten gingt darin, daß der Stadt Mannheim die Beteiligung an dem Großkraftwerk unter der Bedingung empfohlen werden kann, daß 1. die D.G. und die Pfalzwerke sich in dem ursprünglich vorgesehenen Umfang beteiligen, 2. von vornherein eine dritte 12.000-KW-Turbine zur Aufstellung gelangt und 3. ein angemessener Teil der Anschaffungskosten vom Großkraftwerk übernommen wird. Die Verhandlungen der D.G. sind nach den Erklärungen vom Stadtratsausschuß soweit vorgeschritten, daß ein für die Stadterhaltung günstiger Vertragsentwurf vorliegt, sodaß man hoffen darf, daß es zu einer befriedigenden Einigung mit der D.G. kommt.

17. Deutscher Turntag in Cassel.

(Eigener Bericht.)

Cassel hat sich in den letzten Jahren durch seine günstige Verkehrslage und gewiss auch durch seine Wilhelmhöhe, diese wundervolle Verschmelzung von Natur und Kunst, zu einer beliebten Kongressstadt ausgewachsen. Es fand deshalb die Absicht des Vorstandes der Deutschen Turnerschaft, den diesjährigen Turntag nach Cassel zu verlegen, fremdige Zustimmung. Daß er auf daran getan hatte, bewies schon der Begrüßungsabend am 3. Oktober in dem stillvollen, prächtigen Saale der Stadthalle, der einen überaus stimmungsvollen Verlauf nahm. Durch alle Ansprachen, auch durch die des Oberpräsidenten von Hessen-Nassau Schwand der Klang der eine Gedanke hindurch, daß es gelte, von allem die Jugend in turnerischem Sinn und Geist zu erziehen, „die Jugend vom 7. bis zum 70. Jahre“, wie sie der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Gymnasialdirektor Dr. Berger-Afscherben in humorvoller Wendung aufgefaßt wissen wollte. Durch vorzügliche turnerische Darbietungen wurde der Beweis erbracht, daß Cassel in dieser Hinsicht auf bedeutender Höhe steht. Ein Festspiel, das die verschiedenen Seiten der Lebensübungen in jahreslangem Sinne verherrlichte, fand freudige Aufnahme.

Am Dienstag früh, punkt 9 Uhr, begannen in dem kleinen Saale der Stadthalle unter dem Vorsitz von Dr. Berger die Verhandlungen, die mit einer einstündigen Mittagspause bis abends 8 Uhr währten. Anwesend sind etwa 350 Abgeordnete der Turnerschaft, darunter die Mitglieder des Hauptauschusses und sämtliche 14 Kreisvertreter und 14 Kreisturnwart.

Ein Antrag des Vorstandes, zunächst die Sitzung als nicht öffentlich abzuschließen, fand einstimmige Annahme. Sie dauerte bis zur Mittagspause um 14 Uhr. Um 15 Uhr nahm der Turntag in öffentlicher Sitzung seinen Fortgang. Da am Vorabend schon alle Begrüßungen erledigt worden waren, so gestaltete sich die Einleitung wesentlich einfacher als sonst an Turntagen der Fall war. In seinen kurzen begrüßenden Worten gedachte Berger des furchtbaren Unglücks in Döppau, durch das viele Turngenossen zu Schaden kamen. Eine sofort eingeleitete Sammlung ergab 2000 M. Treues Gedenken fand auch die Not in Oberitalien und in den besetzten Gebieten. Vor Eintritt in die Verhandlungen verliest der Vorsitzende als Ergebnis der nichtöffentlichen Sitzung des Vormittags eine Erklärung, die das Verhältnis zu

den Sportverbänden betrifft. Sie hat folgenden Wortlaut: „Der Turntag beauftragt den Vorstand, sofort mit den Sportverbänden in Verhandlungen über die Aenderung der Beiträge einzutreten. Sollten die Sportverbände die Vorschläge ablehnen, so sind die Beiträge bis zum 31. März 1922 zu kündigen, und es ist auf ihre vorzeitige Aufhebung hinzuwirken.“ Ein Antrag, der nicht als Abgeordnete gewählten Mitgliedern des neu gegründeten Wirtschaftsausschusses Sitz und Stimme auf dem Turntag zu gewähren, wurde abgelehnt.

Der Verwaltungsbericht des Vorsitzenden liegt gedruckt vor; es werden nur einige unbedeutende Aenderungen an ihm vorgenommen. Ebenso liegt auch der Kassenbericht vor. Dem Kassenwart, Rechnungsrat Körber, wird mit Dank Entlastung erteilt. Die Unfallunterstützungskasse der gesamten Turnerschaft, die nur die allerhöchsten Fälle umfaßt, auch solche, die nicht unmittelbar im Turnen sich ereignen, z. B. bei Turnfahrten, (alle übrigen Fälle werden von den Unterstützungskassen der Kreise erledigt) erfordert eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags von 3 auf 5 M., so daß zukünftig die bisherige Leistung von 6000 M. auf 10.000 M. erhöht werden kann. In der Frage der Haftpflichtversicherung wird eine Neuordnung der Verträge mit den Versicherungsgesellschaften nötig.

Der Vorstand und der Turnauschuß hatten verschiedene Aenderungen der Satzungen vorgeschlagen, die einstimmige Annahme fanden. So wurden den Kreisen, die über 100.000 Mitglieder zählen, neben den 2 Kreisvertretern auch 2 Kreisturnwart angehollt. Zu den bestehenden Unteranschlüssen für Männerturnen, für Frauenturnen, für volkstümliche Übungen, für Spiele sollen zwei weitere für Fechten und Schwimmen hinzukommen, dagegen soll die Zahl der Mitglieder von 5 auf 3 beschränkt werden. Die Vorsitzenden der einzelnen Ausschüsse werden durch den Turntag gewählt; die Mitglieder werden von den Kreisvorständen vorgeschlagen und vom Hauptauschuß bestätigt. Gewünscht wird, daß die Versammlung der Kreisvorstände nicht alle zwei Jahre, sondern möglichst jedes Jahr stattfinden soll. Der Antrag, dem Wirtschaftsausschuß Gleichberechtigung mit dem Turnauschuß einzuräumen, wurde dagegen abgelehnt.

Gegen Schluß der Sitzung traf, von lebhaftem Beifall begrüßt, der preussische Minister des Innern, Dominikus, der Mitglied des Hauptauschusses ist, auf der Tagung ein.

A. W. M.

Ueberfälle durch Farbige.

Aus dem besetzten Gebiet wird der „Deutschen Allg. Ztg.“ gemeldet:

Gegenüber den Meldungen französischer Blätter, daß die Ueberfälle farbiger französischer Soldaten auf deutsche Personen in ihrem Zurückgehen seien, wird festgestellt, daß sich in letzter Zeit Ueberfälle französischer Soldaten auf Bewohner des besetzten Gebietes in geradezu erschreckender Weise mehren. So sind in Sangenswaldbach in den ersten acht Septembertagen nicht weniger als zwei Fälle amtlich festgestellt worden, in denen farbige Soldaten verhaftet, deutsche Frauen zu vergewaltigen und dabei ihre Opfer mit Messern bedrohten. Nur das zufällige Hinzukommen weiterer Personen verhinderte die Ausführung der Schenlichkeiten. In Wiesbaden verdrängen drei marokkanische Soldaten in den Abendstunden planmäßig in der Nähe des Hauptbahnhofes verschiedene neue Ueberfälle. In Kreuznach wurde der Eisenbahndirektor Mattes und der Ledemeister Oppmann von vier französischen Soldaten ohne jede Veranlassung niedergeschlagen.



matlich geschlossenem Charakter vorliegt. Doch hob die sjenische Einrichtung das Nebeneinander der Handlungen: des Voris und des falschen Dimitri, heraus, und schuf lebendige und reich genante Wirkungen. Die phantastisch-bildkräftigen Entwürfe stammen von dem talentierten Maler Ludwig Severi. Als Gubonow war Robert von Scheidt eine imponierende Gestalt von dämonisch dauterer Größe und himmlischer Gewalt. Den Dimitri sang John Käfer kraftvoll, und die verführerische Polin Marina war Elle Genter-Fischer in Spiel und Gesang von stehhafter Erscheinung. Die übrigen, zum Teil mit ersten Kräften besetzten Partien, sowie die Choristen und orchestralen Aufgaben fanden fast durdweg feste und wiederholte. Das Werk machte sehr starken Eindruck auf das überaus zahlreiche Publikum. Artur Dogen.

rebe- und Chemanns nicht Erlösung, indem er von zwei Geliebten auf Land zu seiner frigidten Gattin flieht. Gerat vom Regen in die Traufe. Die jungfräuliche Spröde hat sich in der Einsamkeit zum erottischen Bluteigel verwandelt. Ungeladen finden sich außerdem die beiden Allegitimen ein. Der schicksalste Triumph der Ehe ist fast der schlimmste Mysterium; denn er gibt, wie zum Spotte, dem Unfug einen Segen der Ehrbarkeit. Mit aller Gräßlichkeit französischer Lustspielkonstruktion wäre der Schwanz zu dünn, sorgte nicht die lustige Nebenhandlung für Ausfüllung. Dem am Ueberflus leidenden Don Juan ist ein Mangel leidender Reporole an die Seite gestellt. Dieser Begleiter sucht von den Kalistropfen des Freundes zu profitieren, doch bricht das Mangelglück zu vielfach ungestalt über ihn herein, daß er zwischen die Mühlsteine gerät. Hermann Kienzl.

Kunst und Wissenschaft.

Das schöne Kind betitelt sich ein Preisausschreiben, das von der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ erlassen wird. Im Zusammenhang mit der von dem genannten Blatt geplanten Sondernummer „Das Kind“ sollen das schönste Baby, das schönste Mädchen und der schönste Knabe mit je 1000 Mark preisgekrönt werden. An dem Wettbewerb kann sich jedermann beteiligen. Die mit einem Kennwort versehenen Photographien der Kinder sind bis zum 10. November an die Schriftleitung der Illustrierten Zeitung in Leipzig, Neudingerstr. 1-7, einzuliefern. Namen und Alter des Kindes, dessen Angabe nach Jahren und Monaten von besonderer Wichtigkeit ist, sind mit der Adresse des Einlieferers in einem verschlossenen Kuvert, das das gleiche Kennwort trägt, mitzutellen. Falls die Photographie nicht das Kind zeigt, wie es gegenwärtig aussieht, ist anzugeben, wie alt es war, als die Photographie aufgenommen wurde; doch muß die Aufnahme nach dem 1. Januar 1918 hergestellt sein. Nur Kinder bis zu 10 Jahren sind zum Wettbewerb

zugelassen. Hefte, die alles Nähere bezüglich des Preisauschreibens enthalten, sind schon jetzt durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Ein freches Plagiat. Das Opfer eines ungebewehrten Plagiats, wie es in der Geschichte der Literatur wohl ohne Gleichen sein dürfte, ist der in Palermo lebende Schriftsteller Federico de Maira geworden, der Verfasser eines vor neun Jahren unter dem Titel „Santa Maria della Spina“ erschienenen und mit großem Beifall aufgenommenen Romans. Im Herbst 1919 hatte das Turiner Verlagshaus Lattes unter dem Namen Alberto Viviani und dem Titel „Vita lontana“ einen Roman veröffentlicht, der, so ungläublich es klingt, vom ersten bis zum letzten Wort ein buchstabengetreuer Abdruck des oben genannten Werkes von Federico de Maria war. Da es diesem nicht gelingen wollte, den Autor zu ermitteln, so wandte er sich an den Verleger um Aufklärung, der indessen jede Verantwortung ablehnte. De Maria beruhigte sich indessen bei diesem Bescheide nicht, sondern schlug Lattes vor, als Buße den Roman unter seinem ursprünglichen Titel und mit seinem Namen noch einmal zu drucken und außerdem zwei fertige Manuskripte für ein bestimmtes Honorar in Verlaß zu nehmen. Lattes lehnte diesen Vorschlag ab mit der Begründung, daß Viviani behauptet, de Maria zu sein, während dieser ja zugebe, sich nicht Viviani zu nennen. Er schlug seinerseits vor, zur Feststellung der Identität des Verfassers die Angelegenheit dem Urteil eines Schiedsrichterkollegiums zu unterbreiten, in dem die bekanntesten Schriftsteller Italiens vertreten sein sollten. Dieses merkwürdige Verfahren, die Identität eines Schriftstellers festzustellen, war aber nicht nach dem Geschmack de Marias, der die Angelegenheit jetzt dem Gericht übergeben hat. Man sieht in Italiens literarischen Kreisen dem Prozeß, der die merkwürdige Plagiataffäre aufklären soll, mit begreiflichem Interesse entgegen.

Der 3. Band. Die bekannte Münchner Zeitschrift „Die Welt-Literatur“, die unentwegt und

immer noch für 1.80 Mk. die beste Literatur vermittelt, wird in ihrer Nummer 27 vom 15. Oktober mit Erlaubnis des Cottaschen Verlages aus dem 3. Bande von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen das Kapitel „Kaiser Wilhelm II.“ u. a. veröffentlicht.

Personalien. Der durch das Ableben des Professors Sölgles an der Universität Würzburg erledigte Lehrstuhl der Philosophie und Pädagogik ist dem o. Professor an der Frankfurter Universität, Dr. Arthur Schneider, angeboten worden. — Wie wir hören, ist der an der Breslauer Universität neuerlichete Lehrstuhl für Neurologie dem Honorarprofessor ebenda Dr. Fridtjof Foerster unter Ernennung zum ordentlichen Professor übertragen worden. — Prof. Dr. Richard Maden in Greifswald hat den Ruf auf den Lehrstuhl der Mineralogie, Petrographie und Kristallographie an der Universität Frankfurt a. M. als Nachfolger Johannesen angenommen. — Wie wir hören, ist der Königsberger Privatdozent Dr. Franz Lehmann zum Abteilungsleiter am chemischen Institut und zum ordentlichen Professor für pharmazeutische Chemie an der Universität Greifswald als Nachfolger von Prof. Dandowit ernannt worden. — Im Alter von 69 Jahren verschied der Begründer und verdienstvolle erste Direktor des Friedrichs-Polytechnikums zu Cöthen, Dr. Edgar Solkafel. Solkafel, der aus Magdeburg gebürtig war, leitete das Cöthener Polytechnikum von 1891—1902. — Dem Vernehmen nach hat der Münchner Rechtslehrer Prof. Dr. W. Risch den Ruf an die Universität Berlin abgelehnt. — Ernannt wurde der o. Professor Dr. Paul Morawitz von der Universität Greifswald vom 1. Oktober d. J. an zum etatsmäßigen Ordinarius und Direktor der medizinischen Universitätsklinik in Würzburg als Nachfolger des verstorbenen Professors Dietrich Gerhardt.

In München verschied der Bildhauer Hans Eggenhoffer.



Badischer Landtag.

68. öffentliche Sitzung.

1. Karlsruhe, 6. Okt. Der Präsidententisch ist mit Blumen geschmückt, die von den Mitgliedern des Präsidiums dem scheidenden Präsidenten als Anerkennung für jahrelange Führung der Geschäfte gesendet wurden.

Präsident Dr. Kopf eröffnete die Sitzung um 9 Uhr mit folgenden Worten: Ich danke für die Spende, die erblühte darin den Ausdruck dafür, daß wir mit Befriedigung auf unsere Arbeiten zurückblicken können. Als Nationalversammlung hat der Landtag die Verfassung geschaffen und dann fast ununterbrochen gearbeitet. Ich danke für die Spende, die erblühte in jeder Zeit als liebe Erinnerung an meine Tätigkeit bewahren.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Abg. Dr. Götwein (Dem.) erläuterte den Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Gesetzentwurf betr. den Staatsvertrag über den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich.

Am 1. April 1921 sind die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen auf das Reich übergegangen. In Baden gingen über der Rhein von Basel bis zur badisch-schweizer Landesgrenze, Neckar und Main und als Schutz- und Sicherheitsstraßen der Hafen in Eberbach. Der Gesetzentwurf ermächtigt das Staatsministerium, vorbehaltlich der Billigung der erforderlichen Geldmittel durch den Haushaltsplan oder durch besonderes Gesetz nähere Vereinbarungen über die einzelnen Wasserstraßen des Landes mit der Reichsregierung und den Regierungen der beteiligten Länder zu treffen.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1921 in Kraft. Wir können, so schloß der Berichterstatter, mit Befriedigung auf den Abschluß des Vertrages zurückblicken.

Da die verfassungsmäßige Zahl der Abgeordneten nicht anwesend war, wurde die Abstimmung auf 11 Uhr verschoben.

Die Zwangspensionierung.

Im Auftrag des Haushaltsausschusses berichtete Abg. Freitag (Dem.) über den Antrag Dr. Schöfer (Str.), der wie folgt lautet: Der Landtag soll die Regierung ersuchen, von der weiteren Vollziehung der Staatsministerialisverordnung vom 2. Mai 1919, wonach die Beamten mit erreichte 65. Lebensjahr regelmäßig in den Ruhestand zu versetzen sind Abstand zu nehmen und in Zukunft einen Beamten, der das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat, nur dann in den Ruhestand zu versetzen, wenn der Beamte selbst es beantragt, oder wenn er wegen Schwäche seiner Kräfte oder geistigen Kräfte dem Dienste nicht mehr gewachsen ist.

Der Antrag ist auch von Abgeordneten der demokratischen Fraktion unterzeichnet. Weiter berichtete Abg. Maria über die Denkschrift des Finanzministeriums: Die Frage der zwangsweisen Ruheversetzung der über 65 Jahre alten Beamten. Nach dem Beamtengesetz kann ein solcher Beamter auch ohne seine Zustimmung in den Ruhestand versetzt werden mit Ausnahme der richterlichen Beamten. Das Vorhaben der Regierung ersuchen den davon Betroffenen als eine außerordentliche und unvermeidbare Härte.

Der Haushaltsausschuss beantragte, der Landtag wolle das Staatsministerium ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß auch für die Reichsbeamten eine dem § 29 des Badischen Beamtengesetzes entsprechende Regelung geschaffen wird, die Denkschrift des Staatsministeriums über die zwangsweise Ruheversetzung der über 65 Jahre alten Beamten zur Kenntnis zu nehmen und den Antrag der Abg. Dr. Schöfer und Genossen durch diese Beschlußfassung für erledigt zu erklären.

Abg. Dr. Zehnter (Str.) beantragte einen von ihm und den Abg. Straub (Str.) und Dr. Lüdner (Dem.) eingebrachten Länderzusatzartikel, die Pensionierung von über 65 Jahre alten Beamten nur dann herbeizuführen, wenn dazu genügende dienstliche Gründe vorliegen. Es soll die im Beamtengesetz vorgesehene Pensionierungsverordnung nicht als Maßnahme in Kraft ausgelegt werden. Der Antragsteller verweist auf das Urteil des Berliner Kammergerichts in dieser Frage zu ungunsten des preussischen Fiskus. Die Reichsregierung kennt die Zwangspensionierung nicht.

Abg. Marx (Soz.):

Herr Abg. Zehnter hat gestern eine wichtige Rede für die Landwirtschaft und heute eine für die Beamten gehalten. Die Beamtenorganisationen haben sich aber auf den Standpunkt der Denkschrift gestellt. Diese Maßregel ist vom Staatsministerium im Mai 1919 eingebracht worden. So lauge die Ruheversetzung bei den unteren und mittleren Beamten vorgenommen wurde, hat man sich abgewandt, aber jetzt, wo obere Beamte an die Reihe kommen sollen, will man eine gesetzgeberische Aktion machen. Am Interesse der Gerechtigkeit muß die Pensionierung abschließend durchgeleitet werden. Das Ministerium würde mich dauern, daß nicht für die Pensionierung einen dienstlichen Grund finden würde. Ich bin der Ansicht, daß man den Antrag Zehnter ablehnen sollte im Interesse der Beamten und des Staates.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.N.) Es ist zuzugeden, daß der Staat sich in einer Zwangspensionierung befindet, aus der er durch das Gesetz über die Zwangspensionierung herauszukommen hofft. Wir hätten den Anschlußantrag ausgemittelt, aber der Antrag Zehnter scheint uns der bessere; wir werden in erster Linie dem Antrag Zehnter zustimmen.

Abg. Dr. Zehnter (Str.) wies den Vorwurf der Wahlagitation zurück.

Finanzminister Köhler: Die Forderung, daß ein Beamter nur pensioniert werden dürfe, wenn dienstliche Gründe vorliegen, ist eine Kaufkraft im Wege. Ich möchte im Interesse der Gerechtigkeit bitten, von der Kaufkraft des Antrages abzusehen. Im

Haushaltsausschuss wurden meistens nur Beschwerden höherer Beamter vorgetragen. Es muß auf einem anderen Wege geholfen werden durch Erhöhung der Feuerungszulagen und durch die Möglichkeit, die Pensionäre in Beförderungstellen einzurücken zu lassen. Es ist auch im Interesse des Staates, wenn die Beamten nicht erst im 50. Lebensjahr in selbständige Stellen kommen, wenn ihre Kraft schon im Erlöschen ist. Das Staatsministerium kann dem Antrag Zehnter nicht zustimmen.

Abg. Dr. Leber (Dem.):

Wir stimmen dem Anschlußantrag zu. Es müssen die Feuerungszulagen der Pensionäre erhöht und die Beförderungsverhältnisse günstiger werden.

Abg. Dr. Schöfer (Str.):

Der Antrag Zehnter bedeutet eine Gesetzesänderung. Wenn vor dem Jahre 1906 auf Grund des alten Reiches Anstellungen erfolgten, so scheint mir die Frage für diese Beamten wichtig, ob sie juristisch entlassen werden können. Ich bin der Meinung, der Landtag sollte heute sich noch nicht über die Materie schlüssig werden, sondern eine juristische Klärung abwarten. Ich werde mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Ministerialrat Dr. Schmitt:

Nur die Richter sind auf Lebenszeit ange stellt. In der Reichsverfassung wurde bestimmt, daß durch die Landesgesetzgebung Altersgrenzen festgesetzt werden können.

Der Antrag Dr. Zehnter und Genossen wurde gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen, das Zentrum und drei Demokraten (23) mit 50 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt. Der Antrag des Ausschusses wurde mit Mehrheit angenommen.

Bei der nachgeholt namentlichen Abstimmung wurde der Vertrag des Übergangs der Wasserstraßen auf das Reich in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Hierauf gab Finanzminister Köhler die gestern vom Hause gewünschte Erklärung zu dem Antrag Dr. Zehnter (Str.) über die steuerliche Veranlassung bei Uebernahme einzelner Betriebe an die Kinder. Der Finanzminister erklärte, daß er nicht als Zentrumsmann, sondern als Vertreter des Staatsministeriums spreche. Der erste Teil des Antrags Dr. Zehnter hat dem Finanzministerium Anlaß gegeben, beim Landesfinanzamt anzufragen, ob mit einer gewissen Härte bei den Schenkungssteuern vorzugehen worden ist. Dies ist verneint worden. Es besteht kein Anlaß deshalb, den ersten Teil des Antrags nach Berlin weiterzugeben, und ob das Reichsfinanzministerium auf den zweiten Teil des Antrags einsehen kann, ist bei der Finanzlage fraglich.

Abg. Zehnter (Str.) brachte einen Antrag ein, seinen ersten Antrag als durch die Erklärung des Finanzministers für erledigt zu erklären.

Die Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) und Freudenberger (Dem.) erklärten sich mit den Erklärungen des Finanzministers einverstanden. Sierauf wurde der Anschlußantrag, den ursprünglichen Antrag Dr. Zehnter abzulehnen, mit Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Lüdner (Dem.) erläuterte den Anschlußbericht über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus.

Nach diesem Gesetz wird von bebauten Grundstücken, deren Gebäude vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, für das Land eine jährliche Abgabe von 1/2 v. H. des Steuerwerts erhoben, mit dem das bebauten Grundstück zur Steuer vom Grundvermögen veranlagt ist. Zur Zahlung verpflichtet ist der Eigentümer des Grundstücks. Die Wohnungsverhältnisse sind vom 1. Oktober 1921 an erhoben; sie ist je zur Hälfte am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres, erstmals am 1. April 1922 fällig. Zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Seelbstung werden Gemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern zu Wohnungsverbänden zusammengefaßt. Die für die Gemeinden zu erhebenden Pflichtbeiträge werden auf 1/2 v. H. des Steuerwerts festgesetzt. Auf Antrag des Ausschusses wurde in dem Gesetze eine Bestimmung eingefügt, daß Streitigkeiten über die Pflicht der Entrichtung der Wohnabgabe durch den Bezirksrat als Verwaltungsgericht entschieden werden sollen.

Eingegangen ist ein Antrag aller Parteien über die Vergütung von Handwerkerarbeiten bei der Erstellung neuer Wohnungen auf Grund dieses Gesetzes.

Hier wurde um 1 Uhr abgedrochen und die Sitzung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Präsident Dr. Kopf eröffnete die Nachmittags-Sitzung um 4.20 Uhr. Das Haus fährt fort in der allgemeinen Beratung über das Gesetz zur Wohnabgabe.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.N.):

Ich glaube sagen zu dürfen, daß es nicht leicht ist, sich mit diesem Gesetz zu befassen. Es ist ein Ausführungsgesetz zu einem Reichsgesetz. Wir gehen hier mit gebundener Marschroute. Die Belastung, die das Gesetz bringt, wird für Stadt und Land außerordentlich sein. In der Stadt können die Hausbesitzer die Kosten auf die Mieter abwälzen. Eine Wohnungsnotsteuer brauchen wir bald nicht mehr. Für den Mittelstand der 20. Jahrhunderts ist die Wohnung bald ein Luxus. Das Land wird vielleicht noch mehr belastet, denn auch die Städte und Scheunen werden besteuert. Es ist an dieser Stelle davon die Rede gewesen, daß die Gebäude in der Stadt anders eingeschätzt werden, wie auf dem Lande bezüglich der Veranlagung zur Steuer und zur Feuerversicherung. Der Unterschied ist der, daß der Steuerwert der Gebäude in der Stadt viel größere Summen darstellt, als auf dem Lande. In der Stadt ist die Feuergefahr viel geringer, als auf dem Lande und kann leichter beseitigt werden. Wir haben es bei diesem Gesetz mit einem Rest von Zwangswirtschaft zu tun und es fragt sich, ob es nicht besser gewesen wäre, schon vorher die freie Tätigkeit auch auf diesem Gebiete des Bau-

ens zu unterstützen. Auch wir wünschen, daß die Handwerker berücksichtigt werden und stimmen darum dem dahingehenden Antrag zu.

Abg. Niederbühl (Dem.):

Begründete im Folgenden den von allen Parteien unterschriebenen Antrag, die Regierung zu eruchen, in den in Ausarbeitung befindlichen neuen Vorschriften über das Verbindungswesen, zu bestimmen, daß die Vergütung von Handwerkerarbeiten zu einem angemessenen Preise zu erfolgen hat; dieser Preis wird festgelegt unter Zuziehung von Vertretern der berufständischen wie der öffentlich-rechtlichen Organisationen des Handwerks und in diesen neuen Vorschriften über das Verbindungswesen Fristen festzusetzen für die Abnahme der Arbeiten, die Prüfung der Rechnungen, die Gewährung von Abschlagszahlungen und die Begleichung der Restsummen.

Abg. Görlacher (Str.):

Die Handwerker sind noch nicht oft an die Regierung herangetreten. Wenn sie nun einmal mit einem Antrag kommen, so müssen ihre Wünsche Berücksichtigung finden. Wir verlangen auch, daß die Wünsche der Unternehmer berücksichtigt werden zum Segen des Handwerks.

Arbeitsminister Dr. Engler:

Es handelt sich nicht nur um die Regelung des Verbindungswesens. Wir geben zum dem Antrag kein Grund vor. Die Gemeinden und Baugenossenschaften haben in dem letzten Jahre einen Kampf mit den Handwerkern zu führen gehabt wegen Ueberforderungen. Es darf nicht dahin kommen, daß die Handwerkerorganisationen den Gemeinden, dem Staat und den Baugenossenschaften den Preis diktiert. Eine Streitfrage ist die, was „angemessener Preis“ ist. Angemessen ist der Preis, bei dem ein tüchtiger Handwerker verdient. Wir können nicht in die Arbeitsvergebung der Gemeinden und Baugenossenschaften eingreifen weil diese die Verantwortung für das Endeergebnis und die Baukosten tragen. Wir sind bereit, auf die Bauherren einzuwirken, so daß die Handwerker rechtzeitig ihr Geld erhalten.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.):

Wir sind der Auffassung, daß das schwierige Wohnungsproblem in der nächsten Zeit gründlich durchgesprochen werden muß. Die Geschäftslage gestaltet sich nicht von Seiten der Deutschen Nationalen wurden in der Kommissionsberatung keinerlei Einwendungen gemacht; heute haben sie Kritik an dem Gesetz geübt.

Abg. Spengler (Str.):

Ich trete nicht dafür ein, daß Ueberforderungen der Handwerker unterstützt werden, hoffe aber, daß die einzusetzende Kommission einen Ausgleich schafft. Durch den Widerstand der Regierung erreichen wir allerdings nur eine beratende Kommission. Es gibt Handwerkermeister, die heute noch vom Reiche Geld aus den Vorkriegsjahren zu bekommen haben.

Abg. Horner (Soz.):

wünschte, daß wenn für das nächste Jahr die Vergütung der Bauarbeiten erfolge, die Arbeiter über das ganze Jahr verteilt werden, damit keine Arbeitslosigkeit eintrete. Hinsichtlich des Antrages Niederbühl werde es schwer sein, sich über den „angemessenen Preis“ einigen zu können. Bei der Preisfestsetzung spielte auch die Unkostenquote eine Rolle. Meine Fraktion muß den ersten Teil des Antrages ablehnen, aber für den zweiten stimmen.

Abg. Biermeißel (Str.):

nahm ebenfalls zu den Fragen des Preises und des Verbindungswesens Stellung. Das Handwerk müsse Abschlagszahlungen erhalten.

Abg. Hoffmann (Dem.):

Die Zeiten, in denen man öffentliche Arbeiten im Verbindungswesen vergab, waren die liberalen Ära. Nur durch Zusammenarbeit der beiderseitigen Vertreter können die Gegensätze ausgeglichen werden. In der neuen Ära haben wir erlebt, daß die Angelegenheiten der Arbeiter und Beamten im Benehmen mit der Regierung geregelt werden; ebenso ist für das Handwerk ein angemessener Preis zu erreichen, es sind die Handwerkerorganisationen heranzuziehen. Der Arbeitsminister hat nicht als Praktiker, sondern als Verwaltungsbeamter gesprochen, der sparen muß. Die Materialkosten und Wertkunde war bei der Beamtenschaft gering. Wenn man nur billig haben will, dann muß man den Weg der öffentlichen Vergütung beschreiten. Dieser Weg ist beizubehalten, aber die Beamten müssen mit den Unternehmern zusammen den angemessenen Preis errechnen. Es dürfen nicht Minimal-, sondern es müssen Maximalleistungen verlangt werden. Wir möchten, daß das Handwerk wie die anderen Stände endlich eine Vertretung finde.

Ein Regierungskommissar erklärte, zu den Ausführungen des Abg. D. Mayer (D.N.), daß bei freier Wirtschaft die Mieten hinauf gehen würden. Bei der eintretenden Unfreiheit, ob die Miete sichergestellt ist, würde kein Bauherr das Wagnis auf sich nehmen, einen Hausbau zu unternehmen. Auch auf eine Reihe von Jahren müssen wir öffentliche Zuschüsse zu den Bauten geben. Das Gesetz werde die Wohnungsnot lindern. Es vermöge sie zwar nicht zu lösen, aber ermögliche die Erstellung von Wohnungen.

Abg. Heinrich (Str.):

Die nebensächlichen Fragen wurden in die Debatte geworfen, die Wohnungsfrage selbst aber nicht. Wir schließen uns dem Antrag Mayer an, daß im neuen Landtag die Wohnungsfrage gründlich erörtert werden soll.

Arbeitsminister Dr. Engler

erklärte, daß die freie Konkurrenz in Wirkung belassen werde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit Mehrheit angenommen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.N.) verwahrt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Ausführungen des Regierungsvortreters und erklärte, seine Fraktion wolle auch die Wohnungsnot beheben helfen und stimme dem Gesetzentwurf zu, wenn sie sich auch nicht mit ihm befassen könne.

In einem Schlusswort littet Abg. Niederbühl (Dem.), das Arbeitsministerium solle die Begehren gegen den angemessenen Preis zurück-

stellen. In Zukunft werde auch jeder Handwerker zur Zugehörigkeit zu einer Berufsorganisation verpflichtet. Der Handwerker werde stets dafür eintreten, daß ein angemessener Preis gewahrt werde.

Hierauf wurde das Gesetz in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. Der Antrag Niederbühl wurde im ersten Teil über das Verbindungswesen gegen die Sozialdemokratie und im zweiten Teile über Gewährung von Abschlagszahlungen und Festlegung von Fristen für die Abnahme von Arbeiten einstimmig angenommen.

Ueber den Gesetzentwurf über die

Deckung des außerordentlichen Staatsbedarfs für Förderung des Wohnungsbaus

berichtet namens des Haushaltsausschusses Abg. Sahn (Soz.).

Nur Beitritt von dem Lande Baden auszubringenden außerordentlichen Aufwandes wird ein Kredit von 210 Millionen Mark bewilligt. Diese Mittel sollen zunächst durch die Staatsschuldverwaltung im Wege des Staatskredits flüssig gemacht und aus der künftigen Wohnabgabe getilgt werden. Der außerordentliche Umfang der Wohnungsnot und die drohende Zunahme der Arbeitslosigkeit verlangen, daß die Bautätigkeit sofort in großem Umfang in Gang gesetzt wird. 52 Millionen Mark wurden bereits am 11. Mai von dem Landtag voraus bewilligt, die dem Lande aus Reichsmitteln für die Dauer eines Jahres unverzinslich zur Verfügung gestellt werden. Viel höhere Summen werden angefordert werden müssen, wenn etwas Ertragsfähiges geschaffen werden soll.

Der Gesetzentwurf wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Die Aufhebung der Stammgüter.

Den Bericht des Verfassungsausschusses zum Gesetzentwurf über Ausführung des § 66 der badischen Verfassung über Aufhebung der Stammgüter erläuterte Abg. Dr. Zehnter (Str.). Der Ausschuss beantragte, der Landtag wolle die Regierung ersuchen, auf Grund der in dem Bericht enthaltenen Auslegung des § 66 der Verfassung vor Vorlage eines neuen Ausführungsgesetzes mit den Regierungen der Nachbarstaaten nochmals ins Benehmen zu treten. Das Haus gab einstimmig dem Anschlußantrag statt.

Anlassung der Frauen zum Schöpfen und Geschworenenamt.

Frau Abg. Schloch (Dem.) richtete an das Justizministerium die Anfrage, welche Stellung Baden im Reichsrat zur Frage der Zulassung der Frauen zum Schöpfen- und Geschworenenamt einnahm.

Justizminister Trunk:

Es sind schon im Sommer 1919 über diese Frage Ermäunungen im Gange gewesen. Das badische Justizministerium hat damals Erhebungen angeestellt. Die badische Stellungnahme ist damals dahin erfolgt, daß die Frauen für Schöpfen- und Geschworenenämter und Richter in Betracht zu ziehen sind, aber nur höchstens zur Hälfte als Beisitzer anzulassen sind. Diesen Standpunkt hat die badische Regierung auch im Reichsjustizministerium und Reichsrat vertreten. Bei der letzten Stellungnahme im Reichsrat sind das Reich davon aus, die Zulassung ohne Beschränkung zuzulassen. Baden blieb aber auf seinem Standpunkt.

Um 1/8 Uhr vertagte sich das Haus auf Freitag vormittags 1/9 Uhr zur Erledigung des Restes der Tagesordnung.

Badische Politik.

Der Rentnerbund und die Landtagswahlen.

Der Vorsitzende des Badischen Landesverbandes des Deutschen Rentnerbundes, Dr. Wegener-Freiburg, richtet eine Mahnung an die Parteien, in der er u. a. schreibt: Die bevorstehenden Landtagswahlen haben Interessenengruppen vor die Frage gestellt, ob sie eigene Kandidaten aufstellen sollen. In den meisten Fällen hatten die Gruppen sich darauf beschränkt, durch ihre Mitglieder in den verschiedenen Parteien ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten. Für den Rentnerbund scheinen die Verhältnisse insofern anders zu liegen, als es sich bei den Rentnern um eine Bevölkerungsgruppe handle, die durch dringende Not verbunden, enttäuscht und verbittert kein besonderes außerhalb ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse liegendes politisches Interesse mehr habe. Somit könnte eine politische Sondervertretung von ihrem Standpunkt aus immerhin gerechtfertigt werden. Im übrigen sei aber das Rentnerland und die Notwendigkeit einer Rentnerfürsorge bald so sehr zum Bestandteil des öffentlichen Bewusstseins geworden, daß gerade der Rentner auf eine Unterstützung seiner Forderungen durch die politischen Parteien am ehesten rechnen müsse. Hinter dem Rentner stehe in schließlich der ganze Mittelstand. Eine selbständige Kandidatur des Rentnerhandes scheide unter diesen Umständen aus; es müsse den Mitgliedern des Rentnerbundes frei gestellt sein, sich derjenigen politischen Partei anzuschließen, von der sie die arbeitsmäßigste Förderung erhoffen. In die politischen Parteien wird aber das dringende Ersuchen gerichtet, dafür zu sorgen, daß die Rentnerfrage endlich sachlich und praktisch gelöst wird. Die Forderungen der Rentner spielen in der Schaffung der Fürsorgeorganisationen des Rentnerlandes, der Altersrentneranstalten und Zuschussgewährung bis zur Höhe des Existenzminimums.

Aus der Deutschen Volkspartei.

Die Landesgeschäftsstelle Baden der Deutschen (liberalen) Volkspartei schreibt: Aus Berliner Quelle haben in den letzten Tagen badische Blätter vereinzelt Nachrichten aufgenommen, die von starken Strömungen, die angeblich innerhalb der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gegen Dr. Stresemann herrschen sollten, zu berichten wüßten. Die Landesgeschäftsstelle Baden der Deutschen Volkspartei ist von der Reichstagsfraktion zu der ausdrücklichen Erklärung ermächtigt, daß an diesen Meldungen kein wahres Wort ist. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei steht in der Frage der Koalitionsbildung geschlossen hinter ihrem Führer Dr. Stresemann. Auch die Behauptung, die



# Wirtschafts- und Handelszeitung

## Dringende Mahnung der Reichsbank und des Reichskommissars zur Vermeidung des Valutadumping.

Das Reichsbankdirektorium hat an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen ein Schreiben gerichtet, in dem auf die Gefahren des Valutadumping für die deutsche Wirtschaft gerade in der jetzigen Zeit des Markteinstandes mit Nachdruck hingewiesen wird. In dem Schreiben der Reichsbank wird ausgeführt: Die starke Steigerung der ausländischen Wechselkurse hat gewisse Nachteile und Gefahren, die in den letzten Jahren in ähnlicher Weise wiederholt aufgetreten sind, aufs neue in den Vordergrund gerückt. Die Verschleuderung deutschen Nationalvermögens ist allem Anschein nach in erhöhtem Maße wieder im Gange oder noch zu erwarten, damit aber auch die Gefahr, daß das Ausland mit Rücksicht auf die eigenen industriellen Interessen mit seinen Abschlußbestrebungen gegenüber der deutschen Konkurrenz unter dem Schlagwort des Dumping Ernst macht.

Inwieweit die deutsche Ausfuhr die Fakturierung in fremder Währung vornimmt, mögen diese Gefahren etwas geringer sein; ihr Verhüten ist aber auch hier keineswegs zu lenigen. Besonders groß sind sie jedoch, inwieweit der Export in Mark stattfindet. Die Reichsbank glaubt, daß Anlaß vorliegt, ohne Verzug die Aufmerksamkeit aller beteiligten Stellen, namentlich auch der Außenhandelsstellen und der Verbände, auf die Gefahr zu lenken, die durch die unter Ausfuhrkontrolle stehende Artikel handelt, wieder mit allem Nachdruck auf diesen Punkt zu lenken. Bei den Bestimmungen auf Fakturierung in fremder Währung muß dieser Gesichtspunkt wieder mehr in den Vordergrund gerückt werden. Die allergrößte Bedeutung beansprucht er aber bei der allgemeinen Preispolitik der Verbände und der einzelnen Firmen. Es ist unbedingt notwendig, ganz besonders die Marktpreise nach dem Ausland daraufhin zu prüfen, ob sie nicht infolge der neuesten Entwicklungen zu niedrig, vielleicht viel zu niedrig geworden sind.

Ebenfalls wird man in deutschen Industriezweigen die Notwendigkeit einer weitgehenden, über die allernächsten geschäftlichen Ziele hinausgreifenden Politik beauftragen, die flug auf einen Teil mächtiger, auf Grund einer durch die Valutaverhältnisse überhöhten Konjunktur erzielter Augenblicke der Preisveränderung versichert, um sich abzumäßigern, aber dauernde durch Abwehrmaßnahmen des Auslandes nicht gestörte Absatzmöglichkeiten zu sichern.

Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen, der seit lanem auf die Gefahren der Dumpingbewegung des Auslandes hingewiesen hat, stimmt diesen Ausführungen der Reichsbank voll und ganz zu. In einer Rundverfugung weist auch er besonders darauf hin, daß die mit dem Niedrigwerden der Mark wieder erscheinende neue Verschleuderung deutscher Waren wieder neue Antriebe zum Anziehen der Zollsätze und zu weitergehenden Abschlußmaßnahmen im Ausland geben kann.

Das Rundschreiben des Reichskommissars fährt fort: „Es ist daher dringend notwendig, in eine Prüfung der Preisstellung bei der Ausfuhr einzutreten mit dem Ziel, solche Ausfuhrpreise zu erreichen, die für den Ausländer in seiner Währung gerechnet, nicht oder nicht erheblich niedriger sind als die Preise vor drei Monaten, als der Dollar 60—70 Mark galt. Um ein Niedrigwerden der Inlandspreise hintanzuhalten, ist der Preisverfall bei der Ausfuhr zu vermeiden, die Bedeutung zu bestimmen.“

Wo im Zusammenhang mit der Devisenabfertigung an Reparationszwecken jetzt von der Markwährung zur Preisstellung in Goldwährung übergegangen wird, ist darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht schlechthin niedrige Markpreise in Goldwährung umgerechnet werden, sondern daß ein stabiler Preis in Auslandswährung gewahrt wird, der so hoch ist, daß er auch durchhalten werden kann, wenn die Mark sich wieder bessert. Es muß vermieden werden, daß eine später eintretende Besserung der Mark dazu anwirkt, den Auslandspreis in fremder Währung aus dem Grunde heraufzusetzen, weil dann der Gesamtwert in Reichsmark die Selbstkosten etwa nicht mehr decken würde. Es würde das nur zu einer neuen Periode der Ausfuhrkontrolle führen müssen, ganz abgesehen davon, daß bei zu niedriger Preisstellung die Einhaltung langfristiger Ver-

träge deutschseits wegen der steigenden Selbstkosten leicht in Frage gestellt werden kann, wie sich das im vorigen Jahr zum Schaden des guten Rufes der deutschen Industrie leider negativ hat.

Durch diese beiden Schreiben der Reichsbank und des Reichskommissars sind alle die Fragen wieder brennend geworden, die mit der Gefahr des Valutadumping zusammenhängen und die Außenhandelsregelung aufs stärkste betreffen. In diesem Zusammenhang möchten wir erneut auf die Schrift des Regierungsrats Dr. Dalbera, „Valutadumping“, aufmerksam machen, die in Carl Seemanns Verlag in Berlin erschienen ist und in außerordentlich klarer Weise das Wesen und die nachteiligen Folgen des Valutadumping sowie die Maßnahmen zu seiner Vermeidung behandelt: Auswertung der deutschen Wirtschaft, Verdrängung der Absatzmärkte im Ausland und Verschlechterung der Valuta sind die Folgen des Valutadumping; Preisstabilität auf dem Auslandsmarkt, Verkauf in Auslandswährung, Verkauf in Reichsmark unter Zurücklegung der Auslandswährung als interne Kalkulationsgrundlage sind die Maßnahmen zu seiner Vermeidung. Die an der Ausfuhr beteiligten Kreise werden in ihrem eigenen Interesse auf tun, sich mit dieser Schrift auseinanderzusetzen, denn bei der heutigen Entwertung der Mark ist die Gefahr in der Tat wieder außerordentlich groß, daß wir durch zu niedrige Preisstellung nach dem Ausland Ruin treiben, der unsere Volkswirtschaft verarmen läßt.

## Allgemeine Wirtschaftsfragen.

### Umsatzsteuer auf Börsengeschäfte?

Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. brachte einen Gesetzentwurf ein, wonach aller Handel an der Börse der Umsatzsteuer unterworfen werden soll. Der Entwurf unterscheidet drei Steuerklassen, nämlich die Besteuerung von Händlengeschäften, wobei sämtliche Vertragsnehmer Händler sind, die Besteuerung von Kundengeschäften, wenn nur der eine Vertragspartner inländischer Händler ist, und die Besteuerung von Privatgeschäften. Die Händlengeschäfte sollen am niedrigsten, die Kundengeschäfte höher und die Privatgeschäfte am höchsten besteuert werden. Die Steuer ist von den beiden vertragstheilnehmenden Seiten je zur Hälfte zu tragen. Auch der finanzpolitische Ausblick des Reichstagsfraktionsrates wird sich in der nächsten Zeit mit derselben Frage befassen und zwar

insbesondere mit Maßnahmen, die geeignet sind, durch eine Kontrolle des Devisenverkehrs die Umsätze in ausländischen Zahlungsmitteln und die Spekulation einzudämmen.

### Die schweizerischen Einfuhrbeschränkungen.

Der Schweizer Ständerat genehmigte am Mittwoch die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Einfuhrbeschränkungen bis zum 30. September 1922.

Die Bundespräsident Schulthess mitteilte, wird zur Zeit ein Problem zur Unterstützung der schweizerischen Uhrenindustrie geprüft. Danach ist eine Aktion geplant, durch die die Uhrenindustrie mit monatlich 6 Millionen Franken bis Ende 1922 unterstützt werden soll.

### Der Ausbau des U.E.G.-Linke-Hofmann-Konzerns.

Von befreundeter Seite wird uns geschrieben: Der U.E.G.-Linke-Hofmann-Konzern hat nicht nur durch überwiegende Kapitalbeteiligung die Kommanditgesellschaften, Lochner & Co., Waggonfabrik in Brand bei Vöhring und das Rhein. Waggonlontor Aud. Lochner & Co., Vöhring in seine Interessengemeinschaft einbezogen, sondern wird außerdem das Werk Hennigsdorf a. d. Savel in eine Akt.-Ges. mit 50 Mill. Grundkapital umwandeln. In dieser Akt.-Ges. wird das dem Linke-Hofmann-Berken bereits durch überwiegende Aktienmehrheit gehörende sächsisches Kohlenwerk U. G. E. Vöhringhammer wesentlich mit beteiligt sein. „Hennigsdorf“ soll zu einem lediglich auf höchster Höhe stehenden Stahl- und Walzwerk ausgebaut, den Konzern mehr und mehr unabhängig machen von den heute immer schwieriger zu beschaffenden Eisen- und Stahlrohstoffen. Die Ausdehnungsbestrebungen des Konzerns werden beleuchtet durch die Tatsache, daß die Eisenbahnwagen-Reichsanstalt Berlin (EVA), deren Aktien sich ausschließlich im Besitz der Linke-Hofmann-Werke befinden, ihr Kapital in aller nächster Zeit um ein Vielfaches erhöhen wird. Eine Kapitalerhöhung dieser Gesellschaft in so großem Ausmaß bedingt natürlich eine große Ausdehnung des Waggonparks, was für die Linke-Hofmann-Werke von größter Bedeutung sein dürfte. Weiter hat der Konzern neue große Lieferungsverträge an die Semjetergerung abgeschlossen, J. B. vor kurzem auf tausend Eisenbahnwaggons, die zum größten Teil in hochwertigen ausländischen Devisen bezahlt werden sollen. Um den erwarteten starken Absatz nach Rußland, Polen und den übrigen östlichen Randstaaten zu erzielen.

## Mannheimer Produktenmarkt.

K. Mannheim, 6. Okt.

Dadurch, daß am letzten Montag infolge der hohen jüdischen Feiertage kein Börsenverkehr stattfand (auch der Verkehr von Büro zu Büro war an jenem Tag außerordentlich klein, weshalb wir es auch unterlassen hatten, hierüber etwas zu schreiben) war die heutige Börse von auswärts besser besucht. Das Geschäft hielt sich aber trotz des guten Donnerstagsbesuches in bescheidenen Grenzen, weil die Käufer zu den gegenwärtig hohen Preisforderungen nur die notwendigsten Deckungen tätigen. Weizen verkehrte in ruhiger Haltung. Für Roggen bestand etwas mehr Interesse und die Stimmung kann als gut bezeichnet werden. Hafer, wie auch Gerste, von letzterer besonders Braugerste, lagen dagegen sehr fest und blieben lebhaft gefragt; die Preise für diese Artikel sind stark anziehend. Futtermittel hatten gleichfalls gut behauptete Tendenz. Hülsenfrüchte lagen unverändert. In Mehl hat die Geschäftstätigkeit etwas nachgelassen und der Verkehr ist etwas schleppender geworden. An der heutigen Börse kamen 600 Sack Weizenmehl, norddeutsches, 70proz. Ausmahlung, zur Versteigerung; der Zuschlag erfolgte zu 620—650 Mk. für die 100 kg, ab Station Rastatt. Raufutter lag unverändert.

Aml. Notierungen: Mais, La Plata 360, Erbsen, incl. 500—600, Weizen, loco 480, Roggen 400, Braugerste 525—550, Hafer 385, Ackerbohnen 400, Weizenheu 190—210, Rotkleeheu 215—220, Preßstroh 60—70, gebundenes Stroh 60—70, Reis, inkl. Sack 725—900. Tendenz: ruhig.

## Börse—Handel—Industrie—Gewerbe

### Frankfurter Börse.

w. Frankfurt a. M., 6. Okt. Eig. Drahtbericht). Abenddevisen: Brüssel 868, Holland 3920, London 457, Paris 881, Schweiz 2132½, Italien 473, Neuyork 120½. Tendenz: leicht abgeschwächt.

### Börsenfeiertage.

Berlin, 6. Okt. Wie wir erfahren, werden heute Freitag, den 7. Oktober, an der Berliner Börse die nur zu Einheitskursen gehandelten Dividendepapiere nicht notiert. In der nächsten Woche findet nur am Montag und Donnerstag Börse, und zwar für alle Wertgattungen statt. Devisen und Noten werden wie bisher täglich notiert.

### Banken.

Die Zahlungseinstellungen der Firma Weil Ludwigshafen. An der durch Valutaspekulation verursachten Zahlungseinstellung der Bankfirma Richard Weil in Ludwigshafen sollen über 20 Banken beteiligt sein.

### Weinmarkt.

Herbstberichte. In Waldum wurde für den Roten, der hervorragend geraten ist, 2500 Mk. für die Ohm, in Kappelrodeck für den Roten 2300 bis 2400 Mk. für die Ohm bezahlt. In diesen Orten ist fast alles ausverkauft. Aus der Mühlheimer Gegend wird berichtet, daß in Feldberg für die Ohm Neuen 1800—2000 Mk. bezahlt werden. Im Elsaß schlägt der neue Wein von einem Tag auf den andern auf. Er kostete anfangs 80 Frs. pro Ohm und jetzt werden 120—130 Frs. bezahlt.

Ueber den Ausfall der Weinernte in Württemberg wird mitgeteilt, daß nur wenige Gebiete einen Vollherbst zu verzeichnen haben werden; im allgemeinen wird man sich mit einem schwachen Herbst begnügen müssen. Ueber die Preisfrage verlautet noch nichts Bestimmtes.

## Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 6. Okt.

	5. Okt.	6. Okt.
Antwerpen-Brüssel	880.40 881.90	875.10 876.90
Holland	4048.90 4048.10	3946. — 3946. —
London	472. — 473. —	458.25 459.25
Paris	900.10 901.90	889.10 890.90
Spanien	2202.80 2207.20	2142.80 2147.20
Schweden	1640.80 1644.20	1563.40 1566.60
Italien	902.50 903.50	887. — 888. —
Lissabon	— — —	— — —
Dänemark	2307. — 2312.30	2272.70 2277.30
Norwegen	1503.50 1506.50	1448.50 1451.50
Schweden	2807.20 2812.80	2747.20 2752.80
Helsingfors	181.80 182.20	172.80 173.20
Newyork	125.50 125.75	120.50 120.75
Wien (alt)	— — —	— — —
Deutsch-Osterr.	7.29 — 7.31	6.61 1/2 6.63 1/2
Budapest	17.48 — 17.52	17.95 1/2 17.99 1/2
Prag	130.80 131.20	130.30 130.70

w. Zürich, 6. Okt.

	5. Okt.	6. Okt.
Deutschland	4.55	4.60
Wien	0.35	0.35
Paris	6.90	6.95
Holland	183.75	183.25
Newyork	571. —	565. —
London	21.41	21.38
Paris	40.75	41.25
Italien	22.75	22.75
Brüssel	40.10	40.50
Kopenhagen	104.50	105.75
Stockholm	128.25	128. —
Christiania	69. —	68. —
Madrid	74.75	74.80
Buenos-Aires	185. —	185. —
Belgrad	—	—
Agram	2.45	2.30
Budapest	0.82 1/2	0.82 1/2
Bukarest	4.80	4.75

w. Berlin, 6. Okt.

	5. Okt.	6. Okt.
Rotterd.-Amsterd.	4043.45 4051.55	3921.05 3928.95
Brüssel	881.60 883.40	868.60 869.40
Christiania	1496. — 1499. —	1463.50 1466.50
Kopenhagen	2322.65 2327.65	2272.70 2277.30
Stockholm	2812.80 2817.80	2747.20 2752.80
Helsingfors	182.80 183.20	172.80 173.20
Italien	499.50 500.50	487. — 488. —
London	471. — 472. —	458. — 459. —
Newyork	125.74 125. 1/2	120.99 121.25 1/2
Paris	895.10 896.90	881.60 883.40
Schweden	2197.80 2202.80	2137.20 2142.20
Spanien	1633.35 1636.65	1586.40 1591.60
Wien (alt)	— — —	— — —
Deutsch-Osterr.	7.08 — 7.12	6.43 — 6.47
Prag	131.35 131.65	129.65 130.15
Budapest	17.93 — 17.97	18.03 — 18.07
Lissabon	— — —	— — —
Bulgarien	— — —	— — —
Buenos-Aires	— — —	39.45 — 39.55

### Devisenkurse im Freiverkehr.

Regelt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.

(a) verbors. (b) nachbors.

Holland	3900 — 4020	3910 — 3930
Schweden	2120 — 2200	2145 — 2155
Paris	880 — 904	881 — 883
Belgien	452 — 468	456 — 459
Newyork	119 — 124 1/2	120 — 121 1/2
Italien	485 — 502	487 — 495

Tendenz: ruhig.

**Durlach**  
Anzeigen- und Abonnements-Bestellungen

richte man für Durlach an unseren Vertreter

Firma **Carl Walz**  
Hauptstr. 56  
Telephon 393

Die Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblatt

**Verlobungen, Vermählungen**  
**Geburtsanzeigen**

veröffentlicht man im stark verbreiteten, in Karlsruhe und Umgebung in allen Kreisen gerne geliesenen **Karlsruher Tagblatt** Badische Morgenzeitung.

**Gardinen** Madras- und Künstler-Garnituren, Stores, Seiden-Gardinen etc. kein Laden, Billigste Preise.

**M. Beder, Adlerstr. 1, II.**

**STADTGARTEN**

Freitag, den 7. Oktober 1921, nachmittags von 4—7 Uhr

**Volkstümliches Konzert**  
(Musikverein Harmonie)

Eintritt: 1 Mk. 20 Pf. (Jahreskarten), 2 Mk. 20 Pf. (Sonstige). Kinder je die Hälfte.

Vorverkauf: Verkaufsbüro und Schalterkassen des Stadgartens.

**feuerio**  
Doppelfettseife 80% Fett

daher größte Ausgiebigkeit, das Beste für die Wäsche.

VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART  
zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Ihre Vermählung  
beehren sich anzudeuten

**Conrad Müller, Apothekenbesitzer**  
und **Frau Else geb. Steinbach**

Karlsruhe Emmendingen  
Karls-Wilhelmstr. 49 Hebelstr. 1

6. Oktober 1921

**Carbid**

liefert prompteste zu billigsten Preisen, alle Körnungen vorräthig.

**Adolf Bolz, Carbid-Großhändler**  
Karlsruhe, Kavellenstraße 42. Telefon 641.

**Sparofen, Küchenherd**

Kohlen- u. Koksfeuer, billigster Ersatz f. Gas- u. Elektr.-herd, a. jed. Kochz. benutzbar. Herkuleszaun aus gepreßten, billigen, präsentabel, leicht, widerstandsf. Fabrikateisen, Automaten, Gaskocher, Emailschilder f. alle Zwecke, Metall- u. Grauguß. Prosp. „P. 12“ gratis.

**Theodor Bergmann, Gaggau (Baden)**  
Vertreter für Karlsruhe  
**Otto Stoll, Eisenhandlung, Kaiserplatz.**

**Kartoffel-Säde**  
(nar. Friedensware)

Heilspitzen neu u. gebraucht von M. an.

**M. Beder**  
Karlsruhe, Schloßhofstr. 6 (früh, Söfliche).

**Israel. Gemeinde.**  
Saulusmagoge Kronenstr.

Freitag, 7. Oktober:  
Sabbat-Anfang 5.30 U.  
Samstag, 8. Oktober:  
Morgengottesd. 8.30 U.  
Nachm.-Gottesd. 4.30 U.  
Sabbat-Anfang 6.30 U.  
Vertreas: Morgengottesdienst 6.45 Uhr.  
Abendgottesd. 8.30 U.

**Israel. Religions-gesellschaft.**

Freitag, 7. Oktober:  
Sabbat-Anfang 5.30 U.  
Samstag, 8. Oktober:  
Morgengottesd. 7.30 U.  
Abendgottesd. 8.30 U.  
Nachm.-Gottesd. 4.30 U.  
Sabbat-Anfang 6.30 U.  
Vertreas: Morgengottesdienst 6.45 Uhr.  
Mittagsgottesd. 12.50 U.  
Nachm.-Gottesd. 5.30 U.

